

2/206/8

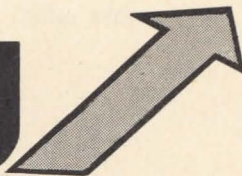
NRW

1970

Aktions- Programm für Nordrhein- Westfalen

18.4.70

CDU



Damit unser Land
wieder Nr. 1 wird

INHALT

Präambel	5
Friedenspolitik sichert Gegenwart und Zukunft (Ziffern 1–8) . . .	7
Reform unseres Bundesstaates (Ziffern 9–11)	8
Reform von Parlament, Regierung, Verwaltung und Justiz (Ziffern 12–21)	9
Ausbau der sozialen Marktwirtschaft in der dynamischen Demokratie (Ziffern 22–30)	11
Forschungs- und Entwicklungspolitik (Ziffern 31–36)	13
Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen (Ziffern 37–43)	15
Leistungsfähiger Mittelstand (Ziffer 44)	17
Landesplanung und Raumordnung (Ziffern 45–50)	17
Land- und Forstwirtschaft (Ziffern 51–57)	19
Verkehrspolitik für Nordrhein-Westfalen (Ziffern 58–71)	21
Urbane Lebensformen in Stadt und Land (Ziffern 72–79)	23
Bildungspolitik (Ziffern 80–101)	25
Familie (Ziffern 102–104)	33
Jugend (Ziffern 105–107)	34
Frau in Beruf und Familie (Ziffer 108)	35
Solidarität der Generationen (Ziffer 109)	36
Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft (Ziffer 110)	36
Gesundheitspolitik (Ziffern 111–115)	37
Freizeit (Ziffer 116)	38
Sport (Ziffern 117–119)	38
Öffentliche Sicherheit (Ziffer 120)	40
Öffentlicher Dienst (Ziffern 121–127)	40
Grundsätze zur Finanzpolitik (Ziffern 128–129)	41

Präambel

Unsere Zeit ist durch einen sich beschleunigenden Prozeß sozialen Wandels gekennzeichnet. Die CDU sieht es als ihre Aufgabe an, auf diesen Wandel gestaltend einzuwirken. Sie erblickt in dem Wandlungsprozeß eine besondere politische Gestaltungschance für einen gesellschaftlichen Fortschritt auf allen Gebieten, wenn er durch folgende Wertmaßstäbe kontrolliert und gelenkt wird:

Die CDU orientiert sich an einem Denken und Handeln aus christlicher Verantwortung. Das heißt: die Politik der CDU richtet sich auf die Freiheit der Person, die sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, auf Gerechtigkeit für jedermann und auf die Solidarität, die auf der Eigenverantwortung der Person aufbaut.

Ständige Aufgabe der Politik ist es, die politischen und sozialen Grundrechte der Bürger fortzuentwickeln und die Bedingungen dafür zu schaffen, daß diese Rechte tatsächlich von allen als Chance wahrgenommen werden können.

Christlich-demokratische Politik ist folgenden Wertzielen verpflichtet:

- Sicherung der Würde des Menschen in einer Zeit sprunghafter technischer und wissenschaftlicher Entwicklung,
- Soziale Sicherheit für alle in Gegenwart und Zukunft,
- Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse,
- Chancengleiche und umfassende Bildung für jeden,
- Sicherung und stetige Verbesserung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten des einzelnen,
- Verbesserung der beruflichen Chancen,
- Stärkung der Stellung der Frau in Gesellschaft, Beruf und Politik,
- Verbesserung der Lebensmöglichkeiten alter und behinderter Menschen,
- Verstärkung der Möglichkeiten zur Vermögensbildung für jedermann,
- Weiterer Ausbau der demokratischen Strukturen, Verbesserung der Information und der Beteiligung des Bürgers an politischen Entscheidungsprozessen,
- Stärkung demokratischer Kontrolle und Verhinderung jeglichen Machtmißbrauchs.

Zur Umsetzung dieser Wertziele in die politische Wirklichkeit legt die CDU in Nordrhein-Westfalen ein Gesamtprogramm für die 70er Jahre vor, das konkrete Handlungsweisen zu folgenden Sachbereichen enthält:

- Friedenspolitik und europäische Einigung in Gegenwart und Zukunft,
- Reform des Bundesstaates als Voraussetzung eines leistungsfähigen Staatswesens,
- Forschungs-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik,
- Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik,
- Strukturpolitik, Städte- und Wohnungsbau, Verkehr und Freizeit,
- Sozialpolitik im Dienste der Persönlichkeitsentfaltung.

Mit diesem Aktionsprogramm setzt die CDU ihren Weg zu einer dynamischen Demokratie fort.

Eine solche Demokratie vereinigt Werte des sozialen Rechtsstaates, der sozialen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft zu der umfassenden und unabdingbaren Grundlage für eine freie und menschenwürdige Gesellschaft.

Friedenspolitik sichert Gegenwart und Zukunft

- (1) Den Frieden in der Welt zu schaffen und zu erhalten, ist das oberste Ziel christlich-demokratischer Politik. Ziel aller Bemühungen ist die allgemeine Ächtung des Krieges und die Humanisierung der Welt.
- (2) Die CDU setzt sich für Einrichtungen zur Erforschung der Friedens- und Konfliktprobleme sowie der Entwicklungspolitik ein, um so einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer Friedensstrategie und zur Durchführung internationaler Großprojekte technischer, wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit in der Welt zu leisten.
- (3) Die Friedenspolitik der CDU gründet sich auf die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie das Recht der Menschen, frei und ohne Furcht vor Unterdrückung und Vertreibung in ihrer Heimat zu leben. Solange diese Rechte Menschen und Völkern vorenthalten werden, bleibt die Welt ohne Frieden. Das deutsche Volk hat daher das Recht, seine staatliche und gesellschaftliche Lebensform in Freiheit selbst zu bestimmen.
- (4) Ziel der europäischen Politik der CDU bleibt die politische Einigung der Völker Europas zu einem Bundesstaat, denn nur gemeinsam können die europäischen Völker ihre Lebensinteressen wahren und ihren Beitrag zum Frieden erbringen.
- (5) Die CDU fordert die Vollendung und Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), stärkere Rechte für das Europäische Parlament und die direkte Wahl seiner Mitglieder durch die Bevölkerung.

Im Bereich der EWG strebt die CDU folgende Maßnahmen an:

- 1. Integration der Wirtschafts- und Währungspolitik in Zusammenarbeit mit dem Bund,
- 2. Koordinierung der Sozialpolitik,
- 3. Zusammenarbeit in der Strukturpolitik, insbesondere Wirtschaftsförderung, Schaffung eines europäischen Verkehrsnetzes,
- 4. Förderung der Zusammenarbeit der Unternehmen in Europa im Rahmen einer europäischen Unternehmensverfassung und Wettbewerbsordnung.

- 5. Harmonisierung der Bildungssysteme, Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung und gegenseitige Anerkennung der Abschlußprüfungen.
 - 6. Kooperation, Koordination und Integration in der Forschung einschließlich ihrer technologischen Auswertung.
- (6) Als einen Beitrag zur Integration europäischer Wirtschaftspolitik wird die CDU eine gemeinsame Regionalpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen mit den Niederlanden, Belgien, Luxemburg sowie dem nordfranzösischen Industriegebiet einleiten.
- (7) Als einen Beitrag zur europäischen Bildungspolitik wird die CDU in Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden die Gründung einer europäischen Universität sowie wissenschaftlicher europäischer Institute im Städte-Dreieck Lüttich, Maastricht, Aachen vorschlagen.
- (8) Die CDU setzt sich unvermindert für die Aufrechterhaltung und Stärkung des deutsch-französischen Jugendwerkes ein. Sie unterstützt den Ausbau bilateraler Vereinbarungen mit anderen europäischen Staaten über jugendpolitische Zusammenarbeit. In diesem Rahmen will die CDU in NRW vor allem auch die deutsch-belgisch-niederländische Zusammenarbeit verstärken. Die CDU wird sich weiter um die Errichtung eines europäischen Jugendwerkes bemühen, in dem die Zusammenarbeit von freien und behördlichen Trägern der Jugendarbeit institutionell gesichert werden muß.

Reform unseres Bundesstaates

- (9) Unter Führung der CDU wird das Land Nordrhein-Westfalen die erforderlichen Initiativen ergreifen, um die Reform des Bundesstaates fortzusetzen.
- (10) Diese Reform zielt auf die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Danach obliegen dem Bund die Gestaltung der einheitlichen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet,

den Ländern die Regelung und Vertretung der regionalen Erfordernisse und die Aufgabenerfüllung im Gesamtstaat,

den Gemeinden die Förderung des Wohles der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre gewählten Organe.

- (11) Die neuen Aufgaben der Länder im arbeitsteiligen System des Bundesstaates erfordern verwaltungs- und finanzstarke Einheiten und deshalb die Verringerung der Zahl der Länder.

Reform von Parlament, Regierung, Verwaltung und Justiz

- (12) Die CDU wird die Arbeit des Parlaments, des Kabinetts und der Landesverwaltung reformieren und sich moderner Führungs- und Entscheidungshilfen bedienen.
- (13) Als technische Führungs- und Verwaltungshilfe wird die CDU ein zwischen Bund, Ländern und Gemeinden integriertes Datenverarbeitungssystem schaffen, das mit Hilfe eines einheitlichen Schlüssels jederzeit abgefragt werden kann, der parlamentarischen Kontrolle unterliegt und allen parlamentarischen Gruppen zugänglich ist.
- (14) Die CDU fordert eine Neuordnung und Straffung des Gesetzgebungsverfahrens und eine Verstärkung der Kontroll- und Arbeitsmöglichkeiten des Landtages sowie eine größere Öffentlichkeit der Parlamentsarbeit.

Die Beteiligung des Parlaments bei der Landesplanung ist gesetzlich festzulegen.

Die Landesregierung wird gesetzlich verpflichtet, über ihre Tätigkeit im Bundesrat rechtzeitig den Landtag zu informieren.

- (15) Die zunehmenden Aufgaben und Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung erfordern eine Neuverteilung der Aufgaben, leistungsfähigere Verwaltungseinheiten und einen rationellen, übersichtlichen Aufbau der Gesamtverwaltung mit entsprechender parlamentarischer Kontrolle. Dabei ist die kommunale Selbstverwaltung und die Teilhabe des Bürgers daran zu stärken.
- (16) Die CDU will die Neugliederung der Gemeinden bis 1975 abschließen. Sie wird die Bevölkerung mehr als die bisherige SPD/FDP-Landesregierung an der Vorbereitung dieser Entscheidungen beteiligen, insbesondere durch eine stärkere Berücksichtigung der von den Gemeindevertretungen selbst erarbeiteten Lösungsvorschläge, sofern sie mit den Zielen der Verwaltungsreform übereinstimmen.
- (17) Bestandteil eines zweiten Neugliederungsprogramms der CDU ist auch die Reform der nächsthöheren Verwaltungsinstanzen. Zur Vereinfachung und Leistungssteigerung der Verwaltung strebt die CDU, in Abstimmung mit den anderen Bundesländern, eine Verringe-

rung der Verwaltungsstufen im Lande auf drei. Dabei sollte eine parlamentarische Kontrolle auf jeder Verwaltungsebene gewährleistet sein.

Verwaltungsreform hat der regionalen Strukturverbesserung, der Zukunft des Landes und der Politik einer fortschreitenden Integration Europas Rechnung zu tragen.

- (18) Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat wird besonders durch seine Rechtspflege geprägt. Diese muß auf dem Boden der Verfassung und des Rechts dem einzelnen Sicherheit und Schutz in den Beziehungen zu seiner Umwelt gewähren, die Allgemeinheit vor Übergriffen schützen und die Grundlage für soziale Gerechtigkeit, für fairen Wettbewerb in Ausbildung, Beruf und Wirtschaft und für geistige Auseinandersetzungen erhalten.

- (19) Alle Zweige der Rechtspflege sollen einen einheitlichen Gerichtsaufbau erhalten. Innerhalb der ersten Instanz werden Familiengerichte gebildet, die in Ehesachen, Kindschaftssachen, Vormundenschaftssachen und Unterhaltssachen entscheiden. Die CDU wird für Maßnahmen zur Vereinfachung der Gerichtsorganisation und zur Verkürzung der Prozeßdauer sorgen sowie sich um eine möglichst weitgehende Durchschaubarkeit der Rechtsordnung bemühen.

Rechtsstreitigkeiten sollen durch vorbeugende Rechtsberatung verhindert werden. Die CDU wird dafür Sorge tragen, daß auch sozial schwächer gestellte Bürger in die Lage versetzt werden, ausreichenden Rechtsschutz zu erlangen.

Das Richteramt soll bewährten Juristen außerhalb der Justiz zugänglich sein. Die CDU wird sich für die Richterwahl einsetzen.

Die Juristenausbildung muß den steigenden Anforderungen gerecht werden, die an den Juristen in Rechtsprechung, Rechtsberatung, Verwaltung und Wirtschaft gestellt werden. Der Ausbildungsgang muß ohne Leerlauf ein hohes Maß an beruflicher Einsatzfähigkeit vermitteln. Deshalb setzt sich die CDU für eine Reform der Juristenausbildung ein, bei der Theorie und Praxis wirkungsvoll miteinander verbunden werden.

- (20) Die CDU wird die im September 1967 auf ihre Initiative hin eingeleitete grundlegende Reform des Strafvollzugs fortsetzen. Im Interesse des Straffälligen und der Gesellschaft soll der Strafvollzug verstärkt der Wiedereingliederung des Verurteilten in die Gesellschaft dienen; vor den nicht besserungsfähigen und dem nicht besserungswilligen Rechtsbrecher ist die Gesellschaft wirksamer zu schützen.

- (21) In Anlehnung an Vorschläge des ADAC erstrebt die CDU eine Reform der Flensburger Verkehrssünderkartei. Eintragungen sollen nur bei erheblichen Verstößen gegen die Verkehrssicherheit erfolgen.

Ausbau der sozialen Marktwirtschaft in der dynamischen Demokratie

- (22) Die Fortentwicklung der bewährten sozialen Marktwirtschaft als einem grundlegenden Bestandteil der Gesellschaftspolitik ist unerläßlich, weil nur dadurch der Freiheitsraum der am Wirtschaftsprozess Beteiligten auf Dauer gesichert und angemessene Entfaltungsmöglichkeiten für jeden gewährleistet werden. Die tiefgreifenden strukturellen Wandlungen unserer Wirtschaft, die damit verbundenen unerwünschten sozialen Folgen, die rasche technische Entwicklung, der stärker werdende Konzentrationsprozeß sowie die Notwendigkeit, die Infrastruktur weiter zu verbessern und für eine breitere und damit gerechtere Vermögensbildung zu sorgen, zwingen dazu, die soziale Marktwirtschaft ständig zu überdenken und konsequent fortzuentwickeln.

- (23) Die CDU fordert eine engere Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben.

Das wirtschaftliche Wachstum und der angestrebte soziale und gesellschaftspolitische Fortschritt lassen sich optimal nur erreichen, wenn Staat, Wirtschaft und autonome Forschungsträger ihre langfristigen Ziele kooperativ aufeinander abstimmen. Die überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im sozialwirtschaftlichen Bereich soll in Arbeitnehmerkammern gesichert werden. Die CDU empfiehlt, solche Kammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu errichten; ihre Aufgaben sind durch Gesetz festzulegen.

Um den Sachverstand der Kräfte der Gesellschaft systematisch für die Politik nutzbar zu machen, fordert die CDU die Einrichtung eines Wirtschafts- und Sozialrates, in dem Unternehmer und Gewerkschaften paritätisch vertreten sind und durch eine Gruppe unabhängiger Experten ergänzt werden.

- (24) Der Staat muß seine Ziele und Handlungsabsichten in mittel- und langfristigen Plänen vorlegen, damit die am Wirtschaftsprozess Beteiligten diese Daten in ihre Überlegungen einbeziehen können. Die staatliche Rahmenplanung sollte sich auf detailliertere Informationen der Wirtschaft über deren Zielsetzungen stützen. Dies erfordert

einen regen Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten. Hierbei sind die Mittel der Datentechnik einzusetzen.

Planungsmißbrauch ist durch rechtzeitige Beteiligung der zuständigen Parlamente und durch verstärkte Teilhabe der einzelnen und der Verbände an der Planung zu verhindern.

- (25) Die CDU lehnt staatlichen Dirigismus ab, denn dieser ist nicht geeignet, mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft fertig zu werden. Eigenverantwortliches Handeln der einzelnen und der Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft muß gewährleistet bleiben. Ein funktionierender Wettbewerb, dem auch eine überragende gesellschaftspolitische Funktion zukommt, und eine ausgewogene Marktstruktur aus Klein-, Mittel- und Großunternehmen garantieren hohe volkswirtschaftliche Effizienz bei Aufrechterhaltung eines maximalen Freiheitsbereichs. Die CDU tritt für eine konsequente Bekämpfung von Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ein, z. B. durch den Ausbau der Mißbrauchskontrolle über marktbeherrschende und marktstarke Unternehmen.

Der weltweite Konzentrationsprozeß muß dort seine Grenzen finden, wo der Wettbewerb nachhaltig beeinträchtigt wird. Leistungssteigernde Kooperation bei Klein- und Mittelunternehmen ist zu fördern.

- (26) Die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele: Vollbeschäftigung, stetiges Wachstum, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sind gleichwertig anzustreben.

- Um Vollbeschäftigung zu erzielen, muß sektoraler oder regionaler Arbeitslosigkeit frühzeitig entgegengewirkt werden. Dazu bedarf es einer systematischen Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik müssen verstärkt dazu eingesetzt werden, den Arbeitnehmern rechtzeitig den Aufstieg innerhalb sich ändernder und die Anpassung neu entstehender Berufe zu ermöglichen.

- Die durch eine Politik stetigen Wachstums erzielte Zunahme des Bruttosozialprodukts muß volkswirtschaftlich sinnvoll verwandt werden. Es ist besonders darauf zu achten, daß der Anteil der öffentlichen und privaten Investitionen für die Zukunftssicherung stärker wächst.

- Eine sozialorientierte Wachstumspolitik läßt sich nur mit einer stabilen Währung verwirklichen. Die Erhaltung des Geldwertes ist eine wichtige Voraussetzung für die Vermögensbildung breiter Schichten, die sich die CDU zum Ziel gesetzt hat.

- Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist im europäischen Rahmen durch fortschreitende Integrationsbemühungen zu sichern. Eine gemeinsame Konjunktur- und Währungspolitik der zu erweiternden EWG ist anzustreben. Die Abstimmung im Weltwährungssystem ist auszubauen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die verlorengegangene Symmetrie zwischen diesen wirtschaftspolitischen Zielen wiederhergestellt wird, vor allem im Hinblick auf die Stabilität des Preisniveaus.

- (27) Die Finanzierung der in diesem Programm genannten Vorhaben muß durch eine mittel- und langfristige Finanzplanung abgesichert werden. Sie ist so zu gestalten, daß sie die finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge verdeutlicht und auf weitere Sicht die politischen Gestaltungsmöglichkeiten kenntlich macht.

- (28) In einer gerechteren Verteilung der Vermögen, insbesondere in der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft, sieht die CDU eine vordringliche gesellschaftspolitische Aufgabe. Die CDU wird die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen ergreifen, damit über eine Verbesserung der Sparfähigkeit der breiten Schichten und über eine effektivere Gestaltung der Sparförderungsmaßnahmen alle Bürger Vermögen bilden und an der Kapitalbildung der Wirtschaft teilnehmen können. Diesen Zielen dient der gesetzliche Beteiligungslohn.

- (29) Wenn und soweit eine Dynamisierung staatlicher Leistungen vorgesehen ist, soll die jeweilige Anpassung zusammen mit der Verabschiedung des Haushaltsplanes erfolgen.

- (30) Die CDU tritt für eine Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer ein. Sie wird das von der Biedenkopf-Kommission der Bundesregierung vorgelegte Material auswerten und unmittelbar nach dem Hamburger Parteitag gesetzliche Initiativen ergreifen.

Forschungs- und Entwicklungspolitik

- (31) Im vor uns liegenden Jahrzehnt ist bei ausgeschöpftem Arbeitsmarkt weiteres Wirtschaftswachstum nur durch Steigerung der Produktivität möglich. Dies setzt die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien voraus.

Die CDU sieht daher in der Förderung von Forschung und Entwicklung eine vorrangige Aufgabe. Ein umfassendes Programm dringen-

der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sollte u. a. folgende Bereiche enthalten:

- 1. Medizin, Gesundheitswesen, Krankenversorgung, neue Heilmethoden, Verhütung von Krankheiten, Krebs- und Seuchenbekämpfung;
- 2. Lehren und Lernen, neue Unterrichtsmethoden, Bildungsforschung, Berufs- und Berufsbildungsforschung;
- 3. Umwelthygiene (Maßnahmen gegen Luft- und Wasserverschmutzung; verstärkte Förderung der auf Initiative der CDU geschaffenen Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz in Essen);
- 4. Wohnungsbau, Städtebau, Erforschung der menschlichen Beziehungen (Gesellschaft, Familie, Betrieb);
- 5. Verkehr (Unfallforschung, neue Verkehrsmittel; Massentransport, Schnellverkehr);
- 6. Freizeit und Erholung;
- 7. Erforschung internationaler Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung;
- 8. Zukunftsforschung (Prognose und Planungstechnik);
- 9. Informations- und Dokumentationsforschung (Datenbank, Informationsspeicherung, Bibliotheken);
- 10. Ernährung;
- 11. Neue Energiequellen;
- 12. Weltraumforschung, Wettervorhersage, Nachrichtensatelliten;
- 13. Meeresforschung (Bodenschätze, Nahrungsreserven).

In diesem Forschungskatalog müssen sinnvolle Prioritäten gesetzt werden, wobei Bund, Land und alle sonstigen Träger von Forschungsvorhaben arbeitsteilig zusammenwirken.

- (32) Diese im Allgemeininteresse liegenden Forschungsvorhaben sollten durch Bereitstellung zusätzlicher öffentlicher Mittel verstärkt gefördert werden. Zur Anregung von Investitionen im Bereich von Forschung und Entwicklung sollten den Unternehmen verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten geboten werden.

Ein wissenschaftliches Dokumentations- und Informationszentrum zur Zusammenfassung der Forschungsergebnisse ist zu schaffen. Die Forschungsergebnisse sind, soweit rechtlich zulässig, allen Interessenten zugänglich zu machen.

- (33) Eine CDU-Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit einer Landesuniversität und in Anlehnung an bereits vorhandene einschlägige Einrichtungen ein Institut für Arbeitswissenschaften errichten und die Berufsbildungsforschung verstärken.
- (34) Eine CDU-Landesregierung wird unter Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Zusammenarbeit mit einer Landesuniversität und in Anlehnung an bereits vorhandene Einrichtungen ein Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung errichten und unterhalten.
- (35) Die CDU wird das von ihr für Paderborn vorgesehene Zentralinstitut für pädagogische Technologie beschleunigt realisieren. Sie wird dabei bemüht sein, u. a. den Einsatz von Lernmaschinen für den Unterricht schnellstmöglich herbeizuführen, um damit auch dem dringenden Lehrermangel abzuweichen.
- (36) Die CDU tritt für eine Verstärkung der Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung im europäischen Rahmen ein. Die Schaffung von Stätten akademischer Bildung und wissenschaftlicher Forschung auf integrierter Basis ist von besonderer Bedeutung für eine supranationale Kultur- und Wirtschaftspolitik.

Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen

- (37) Strukturpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil der modernen Wirtschaftspolitik. Sie soll vor allem die Chancengleichheit aller Bürger gewährleisten, das Wirtschaftswachstum durch Ausschöpfung aller Reserven der Volkswirtschaft fördern und damit die Arbeitsplätze sichern und vermehren. Strukturpolitik darf kein Vorwand für dirigistische Eingriffe in den Wirtschaftsablauf sein.
- (38) Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ist ein Rahmenplan für strukturpolitische Maßnahmen zu erstellen. Dieser soll
- ausreichende Zuwendungen für die infrastrukturelle Grundausstattung der einzelnen Landesteile bereitstellen,
 - die Förderung der von der Landesplanung herausgestellten Entwicklungsschwerpunkte von Siedlung, Wirtschaft, Landwirtschaft und Fremdenverkehr sicherstellen,
 - Mittel für regionale und sektorale Maßnahmen in der Form direkter Zuschüsse zur Verbesserung der Wirtschafts- und Agrarstruktur ausweisen.
- (39) Für das Rhein-Ruhr-Gebiet als Kernraum des Landes ist eine geordnete Entwicklung sicherzustellen. Das industriell verdichtete Zentrum des Ruhrgebietes muß modernisiert, in seinem Freizeitwert gestärkt

und in seinen Umweltbedingungen verbessert werden; die Ballungsrandzonen müssen strukturell gesichert werden. Hierzu wird die CDU ein gesondertes Strukturprogramm vorlegen.

Neben den bereits veröffentlichten regionalen Strukturprogrammen für das westliche Grenzland, das Sauer-Siegerland, den linken Niederrhein, das Münsterland und für Ostwestfalen wird die CDU weitere Programme vorlegen.

- (40) Die CDU wird insbesondere Energieerzeugung und -verteilung im Lande auf der Grundlage ihres am 11. Juli 1969 verkündeten Energieprogramms zur Stabilisierung der Beschäftigungslage im Rhein-Ruhr-Gebiet verbessern. Neue Möglichkeiten atomarer Energieversorgung in Kombination mit der Veredelung der heimischen Stein- und Braunkohle sind beschleunigt zu entwickeln.

Dabei ist die Kombination von atomarer Energie mit heimischer Stein- und Braunkohle durch Erstellung einer Reaktorenkette auf den Kohlelagerstätten im Dreieck Köln, Moers, Hamm besonders zu fördern. Durch die Vergasung von Kohle auf Grund der beim Hochtemperatur-Reaktor entstehenden hohen Temperaturen werden den Verbrauchern des Landes Nordrhein-Westfalen neue kostengünstige und bessere Energie- und Rohstoffquellen erschlossen sowie dem heimischen Bergbau weitere Absatzchancen eröffnet. Auf eine Anpassung der Strompreise im gesamten Lande Nordrhein-Westfalen ist hinzuwirken.

Die CDU setzt sich für eine baldige Verwirklichung einer europäischen Energiekonzeption ein.

- (41) Eine von der CDU gebildete Landesregierung wird der Zukunftssicherung der gegenwärtigen und künftigen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen ihr besonderes Augenmerk zukommen lassen.
- (42) Der sich beschleunigende technisch-wirtschaftliche Wandel stellt den arbeitenden Menschen ständig neue Anforderungen. Die notwendige berufliche Mobilität ist durch eine laufende berufliche Fortbildung sicherzustellen. Auf privater Initiative beruhende Weiterbildungsprogramme der Wirtschaft und der Verbände sind zu fördern.

Unvermeidliche Nachteile von Umstrukturierungsprozessen sind durch rechtzeitige Information der Betroffenen, durch tarifliche Vereinbarungen und durch Sozialpläne, bei denen die Arbeitnehmer unmittelbar oder durch ihre Vertreter mitbestimmend beteiligt werden, aufzufangen. Die Förderung öffentlicher und besonders auch privater

Rehabilitationseinrichtungen ist erforderlich. Der Rehabilitation Behinderter, auch in der Form der Entschädigung für verletzte Soldaten der Bundeswehr, ist besonders Rechnung zu tragen.

Besondere Aufmerksamkeit muß der Arbeitsmarktsituation für die mittlere und ältere Generation gewidmet werden. Hierzu gehören Anpassung der Arbeitsplätze an die veränderte biologische Leistungsfähigkeit, Umsetzung an geeignete Arbeitsplätze im gleichen Betrieb, wirksame Hilfen für die Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in die Wirtschaft, Förderung und Schaffung von Einrichtungen, die auf die besondere Lern- und Lebenssituation älterer Arbeitnehmer abgestimmt sind.

- (43) Die strukturwirksamen Finanzmittel des Bundes und des Landes sind aufeinander abzustimmen und schwerpunktmäßig einzusetzen. Öffentliche Mittel zur Strukturförderung dürfen nicht der Sicherung überholter, sondern müssen der Schaffung moderner Strukturen dienen. Die Vergabe muß zudem zeitlich begrenzt und degressiv gestaltet werden.

Leistungsfähiger Mittelstand

- (44) Unsere Volkswirtschaft, die sich in einem Strukturwandel befindet und eine zunehmende Dienstleistungsorientierung erkennen läßt, ist auf einen dienstleistungsfähigen Mittelstand angewiesen.

Die schöpferischen Kräfte aus Handwerk, Handel, Industrie und freien Berufen tragen entscheidend zum Funktionieren unserer marktwirtschaftlichen Ordnung bei.

Es ist das Ziel der CDU, den mittelständischen Schichten in Nordrhein-Westfalen auch für die Zukunft ein weites Betätigungsfeld zu sichern.

Die Bemühungen der mittelständischen Wirtschaft um Rationalisierung und Modernisierung zur Produktivitätssteigerung sind durch vermehrte Bereitstellung von Investitionsbeihilfen, -krediten und -bürgschaften verstärkt zu fördern.

Die Landesgewerbeförderungsmittel sind zu erhöhen, um berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Anpassung und Umschulung in der modernen Wirtschaft zu sichern.

Landesplanung und Raumordnung

- (45) Landesplanung muß Sache politischer Entscheidungen bleiben; sie darf nicht allein technokratische Festlegung sein. Die Maßnahmen der Landesplanung und der Strukturpolitik sollen auf der Grundlage

einer sinnvollen Gliederung des Landes durchgeführt werden, welche den wirtschaftlichen Gegebenheiten und den historisch gewachsenen Zusammenhängen entspricht.

In der zweiten Stufe der Verwaltungsreform sollen auf der mittleren Ebene Verwaltungsräume geschaffen werden, die sich mit den Planungsräumen der Landesplanung und der Strukturpolitik decken.

Die Landesplanung muß Raum für die Selbstverwaltung und die verantwortliche Initiative im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschehen geben.

Eine CDU-Landesregierung wird Sorge tragen für eine stärkere Koordinierung aller übergeordneten Planungen, u. a. von Straßen, Kanälen, Bahnen, Pipelines und elektrischen Hochspannungsleitungen, um einer weiteren Zerstörung der Landschaft entgegenzuwirken und eine rationelle Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen auch nachhaltig zu gewährleisten.

- (46) Die CDU unterstützt den Leitgedanken des Landesentwicklungsplanes II, für alle Teile des Landes Entwicklungsschwerpunkte und Entwicklungsachsen vorzusehen. Hauptaufgabe dieser Entwicklungsschwerpunkte muß sein, die gehobene Daseinsvorsorge für die Bürger in allen Teilen des Landes zu ermöglichen, um ein hohes Maß an kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Attraktivität in allen Bereichen des Landes für die Zukunft sicherzustellen.
- (47) Neben dem Landesentwicklungsplan II muß der Landesentwicklungsplan I als Richtlinie für die Landesentwicklung Bestand behalten. Insbesondere müssen die Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung für einen örtlichen Versorgungsbereich neben den geplanten Entwicklungsschwerpunkten nach dem Landesentwicklungsplan II ihre Bedeutung für die Entwicklung des Landes sicherstellen.
- (48) Die CDU ist der Auffassung, daß das Landesplanungsgesetz der aktuellen Bedeutung der Landesplanung angepaßt werden muß. Sie verweist dabei auf ihre Initiative zur Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen, die eine stärkere Beteiligung des Parlaments fordert. In der Staatspraxis hat sich herausgestellt, daß die Landesentwicklungspläne in zunehmendem Maße die Entscheidungen der Landesregierung und der nachgeordneten Landesbehörden bestimmen, insbesondere bei der Auswahl von Standorten für öffentliche Einrichtungen, bei der Bewilligung öffentlicher Mittel und bei den Vorschlägen zur Gebiets- und Verwaltungsreform.

Aus diesem Grund wird die CDU die Organisation der Landesplanung so verbessern, daß in allen Ebenen eine enge Verklammerung von Plan und Planvollzug besteht.

- (49) Die Gestaltung der Landesplanung und die Wirkung der landesplanerischen Festlegungen dürfen nicht dazu führen, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände ausgehöhlt wird. Die CDU wird deutlich machen, daß die Landesplanung Leitlinien und Zielvorstellungen für die Entwicklung des Landes darstellen soll, wobei der kommunalen Selbstverwaltung genügend Spielraum bleiben muß, im Rahmen der landesplanerischen Ziele die Entwicklung ihres gesamten Raumes verantwortlich zu gestalten. Die CDU wird darauf hinwirken, daß der Einfluß der Selbstverwaltung auf die Landesplanung weiter ausgebaut wird. Die CDU hält es für vordringlich, daß die notwendigen Gebietsentwicklungspläne für die einzelnen Teilbereiche des Landes in enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Selbstverwaltung beschleunigt aufgestellt werden.
- (50) Die CDU tritt dafür ein, daß die Landesplanung noch intensiver als bisher mit der Raumordnungspolitik des Bundes und den Entwicklungsvorstellungen der europäischen Behörden koordiniert wird.

Den Belangen der Selbstverwaltung und den Wünschen der Betroffenen ist dabei soweit wie möglich Rechnung zu tragen.

Land- und Forstwirtschaft

- (51) Die CDU tritt dafür ein, daß die in der Landwirtschaft tätigen Menschen in gleicher Weise an der allgemeinen Entwicklung des Lebensstandards teilnehmen.
- Deshalb ist es Ziel der Agrarpolitik der CDU, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft zu verbessern und Lebensverhältnisse auf dem Lande zu schaffen, die dem heutigen Lebensstandard gerecht werden. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein unentbehrlicher Teil unserer gesamten Wirtschaft. Sie steht in einem ständigen Prozeß der Umstrukturierung. Eine moderne Landwirtschaft ist auch für die Raumordnung und die Erhaltung der Kulturlandschaft, besonders im Land Nordrhein-Westfalen, von großer Bedeutung.
- (52) Die CDU wird dafür eintreten, daß alle Möglichkeiten einer aktiven Markt- und Preispolitik unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen ausgeschöpft werden. Zur Verbesserung der Vermarktung land- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse sind weitere ge-

zielte Hilfen auch des Landes notwendig. Wettbewerbsverzerrende Maßnahmen in der EWG und in der Bundesrepublik — die das Einkommen der Landwirtschaft beeinträchtigen — sind zu beseitigen.

- (53) Die CDU unterstützt die Existenz und Entwicklung der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe. Sie bejaht die Bedeutung von Zu- und Nebenerwerbsbetrieben. Förderungsmaßnahmen im Bereich der Agrar-, Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik sind in geeigneter Weise für jede Betriebsform durchzuführen. Im Mittelpunkt der betrieblichen Förderung steht der entwicklungsfähige landwirtschaftliche Betrieb, unabhängig von seiner Rechtsform.
- (54) Die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur müssen beschleunigt und verstärkt durchgeführt werden. Der gezielte Einsatz von Bundes- und Landesmitteln für freiwillige überbetriebliche und überregionale Zusammenschlüsse ist intensiv zu fördern. Die Rechts- und Steuervorschriften sind so zu ändern oder zu ergänzen, daß dieser Entwicklung Rechnung getragen wird. Die CDU setzt sich für die Schaffung eines modernen Pachtrechts ein. Die langfristige Verpachtung ist anzustreben und finanziell zu sichern.
- (55) Die Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes muß nachhaltig verbessert und gestärkt werden. Regionale Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur sind in besonderem Maße zu fördern. In diesem Zusammenhang sind krisenfeste Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft bereitzustellen. Eine CDU-Landesregierung wird weitere Möglichkeiten schaffen, daß auch die Landwirtschaft in landschaftlich geeigneten Gebieten vermehrt Einnahmen aus dem Fremdenverkehr erzielen kann.
- (56) Im Ausbau des sozialen Bereiches sieht die CDU eine weitere Schwerpunktaufgabe. Den ausscheidenden Landwirten muß verstärkt die Möglichkeit zur Umschulung geboten werden, damit sie in einen anderen qualifizierten Beruf überwechseln können. Hierbei muß Möglichkeit zur Rentennachversicherung gewährleistet sein. Einkommensverluste dürfen während der Umschulungs- bzw. Ausbildungszeit nicht entstehen. Die CDU tritt für eine spürbare Verbesserung des Altersgeldes, der Landabgaberente und der Unfallrente ein. Die CDU fordert die Verwirklichung der gesetzlichen Krankenversicherung für die Landwirtschaft. Die fachschulische Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses muß nachhaltig verbessert werden.

Dazu ist es notwendig, Versuche mit neuen Organisationsformen und Unterrichtsmethoden im landwirtschaftlichen Schul- und Ausbildungswesen durchzuführen.

- (57) Um eine bessere Überschaubarkeit der Situation in der Landwirtschaft zu gewinnen, fordert die CDU von der Landesregierung einen jährlich, bis spätestens 31. März, vorzulegenden Bericht über eingeleitete Strukturmaßnahmen im ländlichen Raum.

Verkehrspolitik für Nordrhein-Westfalen

- (58) Der Ausbau der Verkehrswege ist eine besondere Aufgabe für die Zukunft des Landes. Der von einer früheren CDU-Regierung in Auftrag gegebene Generalverkehrsplan ist sofort sorgfältig auszuwerten. Daraufhin sind Prioritäten festzulegen, entsprechende Maßnahmen einzuleiten und zu verwirklichen.
- (59) Der Verkehrswegeausbau, insbesondere der Ausbau der Schnellstraßen, ist weiter zu fördern. Zu den Schnellstraßen sind gute Zwischenverbindungen herzustellen, damit das Land gleichmäßig erschlossen wird.
- (60) Die Gemeinden sind vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Die CDU fordert den weiteren Ausbau von Ortsumgehungen. Auch das Straßennetz innerhalb der Gemeinden ist bevorzugt auszubauen. Dabei sind in verstärktem Umfang elektronische Leit- und Steuergeräte einzusetzen, um die Straßenflächen besser nutzen zu können.
- (61) Die CDU legt ein Sonderprogramm „Verkehrssicherheit“ vor, das eine straffere und gezielte Durchführung der Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit in allen Gemeinden vorsieht. Darunter sind auch ein sicherer Schulweg, Sicherungsmaßnahmen für Fußgänger (u. a. Fußgängerzonen im Stadtkern) und Radfahrer und mehr Sicherheit im Kraftfahrzeug zu sehen.
- (62) Die von einer früheren CDU-Regierung begonnene Elektrifizierung der Deutschen Bundesbahn ist weiterzuführen und abzuschließen. Die CDU unterstützt alle Bemühungen der Bundesbahn, das elektrifizierte Streckennetz in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den Randgebieten des Landes, zu vergrößern.
- (63) Zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in den Ballungsgebieten ist der Ausbau des S-Bahn-Netzes in Koordination mit allen übrigen Verkehrsmitteln zu fördern und die Betriebsführung in Form eines Verkehrsverbundes zu vereinheitlichen.

Eine CDU-Landesregierung wird weiterhin finanzielle Hilfe zur Einführung des City-Schnell-Verkehrs und der S-Bahn gewähren, wobei

eine dichtere Zugfolge unbedingt erreicht werden muß. Ein S-Bahn-System muß die gesamte Rhein-Ruhr-Region und den Bergisch-Märkischen Raum durchziehen.

Auch der Güterverkehr ist unter Einschaltung aller modernen Transportsysteme und Techniken zur Sicherstellung einer optimalen Güterbedienung auch verkehrsschwacher Gebiete fortzuentwickeln.

- (64) Der U-Bahn-Verkehr in den Großstädten ist weiterhin mit Bundes- und Landesmitteln auszubauen.
- (65) Die CDU fördert die Gründung großer regionaler Verkehrsgesellschaften im Lande Nordrhein-Westfalen. Die Nahverkehrsgesellschaften zusammengehörender Räume werden so zusammengefaßt, daß alle Forderungen an ein leistungsfähiges Verkehrssystem erfüllt sind:
 - a) ein einziger Träger für den Aufbau und den Betrieb des Nahverkehrsunternehmens, für die weitere Nahverkehrsplanung sowie den Ausbau der Zubringerdienste,
 - b) ein Fahrplan und ein Fahrschein sowie moderne einheitliche Verkehrsmittel. Zwischen Bundesbahn, Bundespost und diesen regionalen Verkehrsgesellschaften ist ein Tarifverbund anzustreben,
 - c) die Beförderungsverhältnisse und die Tarife sind so zu gestalten, daß eine verstärkte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel den Individualverkehr spürbar entlastet,
 - d) öffentlichen Verkehrsmitteln ist im innerstädtischen Verkehr ein Vorrang einzuräumen.
- (66) Auf der Grundlage des Generalverkehrsplanes sind ein dritter Großflughafen sowie ein Netz von regionalen Flughäfen und Verkehrslandeplätzen (Stadtlandeplätze) beschleunigt zu erstellen.
- (67) Die CDU wird einen Mehrjahresplan für die Erweiterung der vorhandenen Kanäle des Landes vorlegen, so daß das Europaschiff (1350 t) sie befahren kann. Ein Hafenausbauplan wird aufgestellt.
- (68) Die CDU erstellt einen Netzplan für Produkt-Pipelines und Energie-Pipelines und fördert die Erstellung von zusätzlichen Energie-Pipelines in der Rhein-Ruhr-Region.
- (69) Das Verkehrswarnsystem an den Straßen wird mit Hilfe der Deutschen Bundespost und mit Hilfe der Rundfunkanstalten ausgebaut.

- (70) Die CDU setzt sich für einen bundeseinheitlichen Unfallrettungsdienst ein.
- (71) Die Verwaltungsorganisation für die Verkehrsplanung und den Verkehrsausbau ist zu vereinfachen.

Urbane Lebensformen in Stadt und Land

- (72) Der Lebensstil in der modernen Gesellschaft ist durch wachsende Verstädterung gekennzeichnet. Der steigende Urbanisierungsgrad stellt die Politik vor neue Aufgaben.

Zentrale Aufgaben der CDU-Wohnungspolitik ist eine Stadt- und Gemeindeentwicklung, in der sichergestellt wird, daß alle lebenswichtigen Bedürfnisse angemessen und unter zumutbarem Zeitaufwand verwirklicht werden können (u. a. Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kultur, Verkehr).
- (73) Die verschiedensten Denk- und Planungsmodelle zur Erfüllung zentraler Lebensfunktionen in der modernen Stadt sind zu einer umfassenden Städte- und Wohnungsbaukonzeption zusammenzufügen. Zur Vorbereitung einer solchen Konzeption wird eine CDU-Landesregierung im Rhein-Ruhr-Gebiet ein selbständiges Zentralinstitut für moderne Stadtentwicklung, Städte- und Wohnungsbau errichten, in dem Architekten, Vertreter der Wohnungs- und Bauwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung sowie Soziologen, Mediziner, Verhaltensforscher und Vertreter der entsprechenden technischen Forschungsgebiete zusammenwirken sollen.
- (74) Bei der Stadtplanung ist die Öffentlichkeit von Anfang an jeweils in einem Forum an den Planungsdiskussionen zu beteiligen.

Bei der Verwirklichung einer neuen Städtebaukonzeption soll die öffentliche Finanzierung einheitlich von der planenden Behörde durchgeführt werden.
- (75) Kurzfristig wird die CDU für ein modernes Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetz eintreten. Dabei ist ein Bodenrecht zu schaffen, welches unter Beachtung des sozialgebundenen Individualeigentums einer modernen Städtebaupolitik ebenso gerecht wird, wie der Notwendigkeit, den Bauwilligen und der öffentlichen Hand Zugang zu Grund und Boden zu tragbaren Preisen zu ermöglichen. Dabei soll niemand einen Schaden erleiden, aber auch niemand auf Kosten der Allgemeinheit einen ungerechtfertigten Gewinn erzielen.

(76) Im Programmzeitraum bis 1975 wird die CDU mindestens 250 000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen neu schaffen. Im Rahmen eines solchen CDU-Wohnungsbauprogrammes wird der familiengerechte Wohnungsbau an Schwerpunkten des Wohnungsbedarfes Vorrang haben. In erster Linie müssen die Wohnungen an zukunftssicheren Standorten mit einem den modernen Anforderungen entsprechenden Wohnungsstandard errichtet werden. Die Wohnungsbauförderungsgesetzgebung ist so zu gestalten, daß auch neue, individuelle Wohnformen gefördert werden. Darüber hinaus muß den besonderen Aufgaben in ländlichen Räumen Rechnung getragen werden.

(77) Durch gezielte Erneuerungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird die CDU modernisierungsfähige Wohnungen ebenfalls den heutigen neuzzeitlichen Wohngewohnheiten anpassen. Dies gilt nicht nur für städtische, sondern ebenso für ländliche Bereiche.

(78) Die CDU tritt auch in Zukunft für sozial tragbare Mieten ein. Hierfür sind u. a. erforderlich:

- 1. Senkung der Baukosten durch Förderung von Rationalisierung und Forschung nach neuen Baumethoden,
- 2. Verbesserung der Finanzierung und eine wirksamere Wohngeldgesetzgebung.

Dabei wird zu prüfen sein, ob die gegenwärtige Finanzierung der einzelnen Wohnobjekte aufrechterhalten werden soll. Hierbei ist die Möglichkeit einer Änderung zugunsten einer Subjektfinanzierung zu untersuchen. Es ist zu prüfen, wie öffentlich geförderte Mietwohnungen verstärkt zur privaten Eigentumsbildung herangezogen werden können.

Die CDU wird ferner besondere Förderungsmaßnahmen für solche Wohnungsplanungen verlangen, die eine Anpassung an die sich wandelnden Bedürfnisse einer Familie gestatten und dadurch auch dem Wohnungssuchenden verbesserte Möglichkeiten des Wohnungswechsels bieten.

Die CDU wird für eine Verbesserung der Wohnraumversorgung solcher Personen, insbesondere der jungen Familien, sorgen, die jetzt nicht zu dem im sozialen Wohnungsbau berechtigten Personenkreis gehören, die aber einer staatlichen Hilfe bedürfen, z. B. durch Änderung der Einkommensgrenze des zweiten Wohnungsbaugesetzes.

(79) Im Zuge der Stadt- und Dorferneuerung sind die Möglichkeiten des Kabelfernsehens auszunutzen und zu fördern.

Die CDU sieht darin einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Fernsehens als zentrales Kommunikationsmittel. Die zusätzlichen Fernsehprogramme aus der Erschließung neuer Wellenbereiche sollen zur Versorgung der Bundesrepublik mit weiteren Fernseh-Empfangsmöglichkeiten, zum Ausbau eines Bildungsfernsehens und zur Veranstaltung von Privat-Fernseh-Kontrastprogrammen genutzt werden. Der Entwicklung des „Kassettenfernsehens“ im privaten Bereich wird die CDU besondere Aufmerksamkeit schenken.

Bildungspolitik

(80) Bildungspolitik ist wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Die CDU will gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen für alle eröffnen. Sie wird hierzu die notwendigen strukturellen und ökonomischen Voraussetzungen schaffen. Dabei kommt es insbesondere darauf an, daß objektiv gleiche Bildungschancen auch subjektiv genutzt werden können. Deshalb tritt die CDU für ein alle Bildungswege umfassendes bundeseinheitliches Bildungsförderungsgesetz ein, das auch eine frühzeitige und gründliche Bildungsberatung regeln muß.

(81) Die CDU tritt für eine Rahmenkompetenz des Bundes für das gesamte Bildungswesen ein. Dadurch soll in der BRD eine einheitliche Struktur des Bildungswesens erreicht, die Funktionsfähigkeit des Föderalismus gestärkt und zugleich eine europäische Orientierung unseres Bildungswesens ermöglicht werden. Die europäischen Bildungssysteme sollen einander angeglichen werden; Zeugnisse und Bildungsabschlüsse müssen allgemein europäische Anerkennung finden.

(82) Der Auftrag der Schule, die Entfaltung zur verantwortlichen Persönlichkeit in der demokratischen Gesellschaft zu fördern, darf nicht hinter denen der Wissensvermittlung und der Berufsvorbereitung zurücktreten. Darum lehnt die CDU eine Schulpolitik ab, die einseitig auf Leistung ausgerichtet ist. Praktische und theoretische Ausbildung sind für die CDU gleichwertige Teile eines einheitlichen Bildungskonzeptes, das auch dazu dienen soll, gesellschaftliche Vorurteile abzubauen.

In allen Schulen sind wesentlich mehr als bisher die Zusammenhänge innerhalb der Gesellschaft und Wirtschaft sichtbar zu machen. Eine sinnvolle Integration aller Bildungseinrichtungen ist zu fordern. Dabei sind die Prinzipien der Durchlässigkeit und Differenzierung gleichrangig zu beachten.

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze und im Hinblick auf die europäische Orientierung unseres Bildungswesens fordert die CDU die Einführung eines Vorschuljahres, die allgemeine zehnjährige Schulpflicht und eine mindestens zwölfjährige Schuldauer zur Erlangung der Hochschulreife.

Das Sonderschulwesen ist verstärkt auszubauen, auch im Hinblick auf vorschulische und weiterführende Bildungseinrichtungen.

Hochbegabte sind besonders zu fördern.

Der leistungs- und fachdifferenzierte Unterricht in den Stufen erfordert umfassenden Ergänzungsunterricht und die Einrichtung außerschulischer Lernhilfen, eingehende Eltern- und Schülerberatungen, den Ausbau des schulpsychologischen Dienstes und die Senkung der Klassenfrequenzen, damit jederzeit Leistungsverbesserungen und Fächerwechsel möglich sind. Ganztagschulen für alle Schulformen sind vermehrt anzubieten, auch in ländlichen Gebieten.

Die Lehrer sind durch Schulassistenten zu entlasten. Die Kosten trägt das Land.

Die CDU wird diese Vorhaben durch eine in fünf Jahresraten verteilte mittelfristige Finanzplanung einleiten.

Die CDU wird daran mitwirken, eine bundeseinheitliche studentische Krankenversorgung auf gesetzlicher Grundlage sicherzustellen. Hochschulausbau und Schaffung geeigneten und ausreichenden Wohnraums für die Studenten gehören zusammen.

- (83) Ein für alle Bundesländer verbindliches Schulversuchsprogramm auf wissenschaftlicher Grundlage soll die laufende Anpassung des Schulwesens an die modernen erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Erkenntnisse ermöglichen. Auch die Vorbereitung der allgemeinen Einführung neuer Techniken der Wissensvermittlung muß Gegenstand dieses Programms sein.

Alle Schulversuche sollten sofort unter einer unabhängigen wissenschaftlichen Kontrolle durchgeführt und kritisch ausgewertet werden, um die Ergebnisse bei allen zukünftigen Planungen berücksichtigen zu können. In die Versuche sind alle Schulformen und -stufen einzubeziehen. Die unterschiedlichen regionalen Strukturen müssen im Versuchsprogramm voll berücksichtigt werden.

- (84) Die CDU fordert die stufenbezogene Lehrerbildung und wird für eine neue Gestaltung der Ausbildungsgänge, Prüfungsordnungen und für Möglichkeiten des Wechsels zwischen den Lehrämtern sorgen.

Lehrerbildung und Weiterbildung der im Beruf stehenden Lehrer (Kontaktstudium) sollen die Übernahme gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Berufspraxis garantieren.

- (85) Etwa 80 Prozent aller Jugendlichen besuchen nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht berufsbildende Schulen. Die Bildungspolitik der CDU wird sich deswegen verstärkt der Ansprüche dieser Jugendlichen annehmen.

Berufliche Bildung ist gleichwertiger Teil unseres Bildungssystems. Die CDU will eine Berufsausbildung, die es dem arbeitenden Menschen ermöglicht, seine Fähigkeiten voll zu entfalten, die Chance des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts zu nutzen und zur dynamischen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen.

Die CDU fordert deshalb:

- 1. Eine systematische, vertiefte und zeitgerechte vorberufliche Bildung hat die jungen Menschen auf ihre Aufgaben in unserer Gesellschaft vorzubereiten. Diese Bildung darf daher nicht auf die Abschlußklassen der allgemeinbildenden Schulen beschränkt werden, sondern muß vielmehr rechtzeitig und kontinuierlich vermittelt werden.
- 2. Eine Bildungsberatung ist einzuführen, und die auf die Arbeitswelt spezialisierte Beratung hat rechtzeitig einzusetzen, ist zu verbessern und auszubauen.
- 3. Um die Durchlässigkeit horizontal und vertikal zu verbessern, muß das berufliche Schulwesen zu einem System entwickelt werden, das für jeden ohne Altersgrenze im Rahmen beruflicher Ausbildung, Fortbildung und Umschulung offen ist.
- 4. Der Berufsbildung Behinderter ist besonders Rechnung zu tragen.
- 5. Jeder Jugendliche muß eine berufliche Grundbildung erhalten, die den Zugang zu mehreren Berufen eröffnet und die allgemeine Bildung weiterführt. Für die Ausführung bietet sich insbesondere das schulische Berufsgrundjahr an. Eine auf der Grundbildung aufbauende Fachbildung muß stufenweise zu den speziellen Berufsinhalten führen. Der zeitliche Anteil betrieblicher und schulischer Bildung ist entsprechend dem Inhalt des beruflichen Bildungsganges aufzugliedern.

- 6. Soweit die in einer Region vorhandenen Ausbildungsstätten an Qualität und Anzahl den Erfordernissen nicht entsprechen, sind überbetriebliche Einrichtungen zu schaffen.
 - 7. Neben dem dualen Ausbildungssystem sind rein schulische Ausbildungsgänge, insbesondere als Modellmaßnahmen und zur Erprobung neuer pädagogischer und didaktischer Verfahren zu verwirklichen.
 - 8. Die Berufsbildungsförderung ist weiter auszubauen, das Berufsbildungsgesetz unter Ausnutzung der Rahmenkompetenz des Bundes zu verbessern.
 - 9. Es ist ein Landesentwicklungsplan für berufliche Fortbildung aufzustellen. Ausgehend vom gegenwärtigen Bestand über die Feststellung des Bedarfs sind zukünftige Entwicklungen zu verdeutlichen. Rundfunk, Fernsehen und Fernstudium sind in diese Planungen einzubeziehen.
 - 10. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß in Anbetracht der angestrebten Rahmenkompetenz des Bundes für das gesamte Bildungswesen die schulische Berufsbildung ebenfalls in die Forschungsaufgaben des Bundesinstitutes für Berufsbildungsforschung einbezogen wird.
- (86) Die CDU wird dafür sorgen, daß Rechte, die im modernen Bildungswesen erworben worden sind, auch verwirklicht werden können. Wer die Hochschulreife erworben hat, muß studieren können.
- Für die CDU stehen daher Ausbau des gesamten Schulwesens, Reform der Berufsausbildung, Ausbau der Hochschulen und Reform der Studiengänge gleichrangig nebeneinander.
- (87) Die Gesamthochschule ist als Teil des gesamten Bildungssystems unter den vorrangigen Gesichtspunkten von Lehre und Ausbildung stärker als bisher in Studienzielen und Studiengängen den vielfältigen Änderungen in der Gesellschaft anzupassen.
- Die Hochschule ist Ausgangspunkt des Prozesses, der das gesamte Bildungswesen von der vorschulischen Erziehung bis zur Universität zunehmenden neuen wissenschaftlichen Informationen aufschließt.
 - Eine neue Universitätsstruktur hat durch Gesetz und Satzung alle Gruppen der Hochschule zu einem kooperativen Arbeitsstil zu veranlassen.

- So gesehen, dient die Hochschule in einer abgewogenen Synthese der akademischen Berufsausbildung, der Bildung eines kritischen Bürgers unter dem Aspekt der Bereitschaft und Befähigung zu lebenslangem Lernen, der Entwicklung der Fähigkeit, wissenschaftliche Fragestellungen zu formulieren und adäquate Methoden anzuwenden und der Forschung mit deutlichem Bezug auf die Lehre.
- (88) Die Forderung nach gleichen Bildungschancen für alle bedeutet für die CDU, daß auch den arbeitenden Menschen die Möglichkeit für den späteren Zugang zur Hochschulreife gegeben werden muß.
- Die CDU sieht in der persönlichen Behauptung im Arbeitsprozeß eine personale Qualifikation für das Studium, die der rein intellektuellen Schulausbildung gleichwertig ist. Die CDU befürwortet deshalb die Einrichtung und den Ausbau eines Bildungsweges in zentralen Orten, der den Erwerb wissenschaftlicher Fähigkeiten und exemplarischen Wissens bei Fortsetzung der Berufstätigkeit erlaubt. Dieser Bildungsweg darf nicht eine schematische Übertragung des traditionellen Schulwissens sein.
- Er schließt mit einer Prüfung ab, die sowohl fachstudienbezogen sein kann, als auch alle Studieneinrichtungen eröffnen sollte. Die CDU wird dafür sorgen, daß dieser Bildungsweg genügend erprobt und weiterentwickelt wird.
- (89) Die CDU tritt für eine bedeutende Ausweitung der Studienplätze ein. Der „numerus clausus“ ist durch ein Sofortprogramm unverzüglich zu beseitigen. Die CDU wird auf Grund der vorliegenden Berechnungen bis 1975 die notwendigen 50 000 neuen Studienplätze schaffen, vier neue Universitäten und mindestens 15 neue Fachhochschulen gründen und in Abstimmung mit der Planung des Bundes die Standorte so bestimmen, daß eine gleichmäßige Angebotslage im ganzen Lande entsteht. Im Fall noch größeren Bedarfs wird sie noch mehr Studienplätze schaffen.
- Die CDU fordert eine systematische Studien- und Berufsberatung.
- (90) Die CDU wird eine kritische Sichtung der Prüfungsordnungen fordern unter den Gesichtspunkten: Orientierung der Prüfungsinhalte am Studienziel und am Berufsfeld, Objektivierung der Prüfungsverfahren unter stärkerer Berücksichtigung der Denkfähigkeit, der methodischen Sicherheit und der selbständigen Weiterbildung gegenüber einem enzyklopädischen Wissen.

Die CDU wird Schule und Ausbildung als interdisziplinären Forschungsbereich verstärkt in Forschung und Lehre der Universität einbeziehen und fordert für eine Verbesserung der Hochschuldidaktik und -methodik die Errichtung von Instituten für Hochschuldidaktik.

- (91) Die CDU wird für eine attraktivere soziale Ausstattung des entstehenden Mittelbaus sorgen.

Jeder Student erhält auf Antrag einen Förderungsbetrag bis zur Höhe der tatsächlichen Lebenshaltungskosten, unabhängig von der finanziellen Situation der elterlichen Familie. Nach Abschluß des Studiums ist ein angemessener Prozentsatz dieser Summe in einem zumutbaren Zeitraum zurückzuzahlen.

- (92) Die CDU wird fachlich und regional einander zugeordnete Einrichtungen (Universitäten, Päd. Hochschulen, Fachhochschulen und Kunst- und Musikhochschulen) zu Gesamthochschulen zusammenfassen, um Forschungseinrichtungen rationeller zu nutzen und die Durchlässigkeit unter den Hochschulen eines Gesamthochschulbereichs zu fördern.

Die CDU wird das bestehende Hochschulrecht ändern:

- Sie wird die gesetzlich bereits eingerichtete Landeshochschulkonferenz durch Erweiterung ihrer Befugnisse dazu befähigen, untereinander und mit den staatlichen Organen zusammenzuwirken.

Die Hochschulkonferenz soll bei der Zusammenfassung von Hochschulen zu Gesamthochschulen mitwirken.

Sie soll Landtag und Landesregierung bei der Hochschulplanung, Hochschulentwicklung, dem Hochschulausbau, der Hochschulfinanzierung sowie bei allen Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung in der staatlichen Forschungs- und Bildungspolitik beraten.

Die Landesregierung hat der Hochschulkonferenz, bevor sie ihre Hochschulentwicklungspläne, die mittelfristige Finanzplanung und den jeweiligen Haushaltsentwurf dem Landtag vorlegt, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und diese zusammen mit ihren Entwürfen dem Landtag zuzuleiten.

- Sie wird eine einheitliche Hochschullehrerlaufbahn schaffen. Für seine Lehraufgabe ist der wissenschaftliche Nachwuchs systematisch zu fördern und in Didaktik auszubilden.

- Die CDU wird ihre Bestrebungen in einem Hochschulrahmengesetz zusammenfassen, das die Selbstverwaltung der Hochschulen, ihre Ordnung in Fachabteilungen und übergeordneten Einheiten und die Beteiligung aller Hochschulgruppen in den Organen mit dem Ziel bestmöglicher Kooperation regelt.

- Die Hochschulgruppen erhalten die Stellung einer rechtsfähigen Gliedkörperschaft der Hochschule mit eigener Beitragshoheit, soweit es sich um die Finanzierung ihrer Selbstverwaltungsangelegenheiten handelt.

- Die CDU fordert auf Landes- und Bundesebene eine gewählte Vertretung der Professoren, Assistenten und Studenten, deren Mitglieder entsprechend der Zusammensetzung der örtlichen gewählten Vertretungsgremien gewählt werden. Die Vertretungen sind an der Hochschulgesetzgebung zu beteiligen.

- (93) Die CDU tritt für eine nachdrückliche Förderung der Forschung durch eine angemessene etatmäßige Zuweisung von Forschungsmitteln für alle Hochschullehrer, durch ausreichende Erweiterung der Stellenpläne und durch großzügige Gewährung von Forschungssemestern für die Hochschullehrer ein.

- (94) Die Erwachsenenbildung, der eine steigende Bedeutung zukommt, ist als eigenständige Säule des Bildungswesens auszubauen. Wissenschaftliche Institute müssen die Grundlagen der Erwachsenenbildung erforschen, Aufgabenstellung und Methodik überprüfen und den modernen Erfordernissen der Erwachsenenbildung anpassen.

Die Jugendbildung ist durch die Einrichtung von Jugendvolkshochschulen zu fördern. Dabei ist die Arbeit der privaten und öffentlichen Träger zu koordinieren. Die jungen Hörer sind an der Programmgestaltung und Dozentenauswahl zu beteiligen.

Die öffentlichen Bibliotheken und sonstigen modernen Informationsmedien müssen so ausgebaut werden, daß sie den modernen Erfordernissen entsprechen. Wissenschaftliche Bibliotheken müssen gefördert und ihre Benutzung muß für die Allgemeinheit erleichtert werden. Öffentliche und freie Träger müssen in einem kooperativen System zusammenwirken. Ihre staatliche Förderung richtet sich nach ihren jeweiligen Leistungen; ihre Einrichtungen müssen auch in die Lage versetzt werden, anerkannte Abschlüsse zu verleihen. Es muß darauf geachtet werden, daß in städtischen und ländlichen Gebieten ein gleichwertiges Bildungsangebot gemacht wird.

Das Erwachsenenbildungsgesetz von 1953 (VHS-Gesetz) muß zeitgerecht ausgebaut werden. Das Bildungsförderungsgesetz muß sich auch auf die Erwachsenenbildung beziehen.

- (95) Durch ein Gesetz über Bildungsurlaub mit differenzierter Finanzierung muß es den Arbeitnehmern ermöglicht werden, sich beruflich, politisch und kulturell weiterzubilden. Entsprechende Anforderungen an den Inhalt der einzubeziehenden Veranstaltungen sind vorzusehen.

An den Hochschulen sind in verstärktem Maß Möglichkeiten für Kontaktstudien zu schaffen.

- (96) Die CDU wird im Zusammenwirken mit Wissenschafts- und Bildungspraxis für eine Weiterentwicklung der Bildungsinhalte als Voraussetzung für den sich unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft im Felde und in der Polarität von Anpassung und Widerstand vollziehenden Bildungsprozeß Sorge tragen.

- (97) Die CDU wird die Gründung eines Gemeinschaftswerkes des Bundes, der Länder, Universitäten und Rundfunkanstalten zur Nutzung der Möglichkeiten des Fernstudiums u. a. im Mediumverbund nachdrücklich unterstützen. Dabei wird sie darauf hinwirken, daß alle Säulen des Bildungswesens an der Entwicklung des modernen Medienunterrichts gleichmäßig partizipieren können.

- (98) Um allen Bürgern umfassende Informationen über die immer vielfältiger werdenden Bildungsmöglichkeiten in Schule, Hochschule, Berufs- und Erwachsenenbildung zu sichern, tritt die CDU für die Errichtung zentraler Bildungsberatungsstellen in allen Städten und Landkreisen ein.

- (99) Zur Verwirklichung dieser Grundsätze fordert die CDU eine Regelung der Mitbestimmungsrechte aller am Bildungsgeschehen unmittelbar beteiligten Gruppen in den Organen der Bildungseinrichtungen im Sinne funktionsgerechter Zusammenarbeit.

Die CDU fordert die gesellschaftsnahe, aus der staatlichen Hierarchie ausgegliederte autonome Schule, die mit eigenen, vom Staat unabhängigen Rechten ausgestattet ist. Sie regelt ihre Angelegenheiten selbständig, sofern nicht übergeordnete Regelungen notwendig sind.

Die autonome Schule erhält eine mitgliedschaftliche Organisation, an der Lehrer, Schüler und Eltern beteiligt sind.

- (100) Freie Trägerschaft im Bereich des Bildungswesens (Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung) ist wie bei öffentlichen Trägern bei gleichen Leistungsanforderungen zu ermöglichen. Die sozialen Sicherungen der Mitarbeiter sind zu gewährleisten.

- (101) Politische Bildung

Darüber hinaus bedarf es einer intensiven politischen Bildungsarbeit im inner- und außerschulischen Bereich. Der Sinn des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats ist insbesondere der Jugend verständlich zu machen. Außerdem soll die politische Bildungsarbeit vertiefte Einsichten in das Wesen des Politischen vermitteln. Ausgerichtet an der politischen Wirklichkeit muß sie Kritik- und Urteilsfähigkeit entwickeln und letztlich zur Entscheidungsfähigkeit im Sinne einer bewußten Mitgestaltung führen.

Familie

- (102) Familienpolitik ist für die CDU Teil der Gesellschaftspolitik. Familienpolitik soll vor allem die soziale Chance des Kindes verbessern. Das durch die Leistung bestimmte Markteinkommen muß in allen Einkommens- und Sozialschichten durch einen Familienlastenausgleich ergänzt werden.

1. Das direkt gezahlte Kindergeld und die steuerlichen Vergünstigungen sind in einer einheitlichen Familienzulage, die in allen Einkommensschichten gleich hoch sind, zusammenzufassen.
2. Die unterschiedlichen Leistungen für Kinder von Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst müssen harmonisiert werden.

- (103) Eine CDU-Landesregierung wird ihre familienpolitischen Maßnahmen in einem Landesfamilienprogramm zusammenfassen und sie so als einen politischen Schwerpunkt sichtbar machen. Familienpolitische Maßnahmen bedürfen einer begleitenden wissenschaftlichen Untersuchung.

- (104) Eine CDU-Landesregierung wird sich besonders folgenden familienpolitischen Aufgaben zuwenden:

- 1. Die Zahl der Kindergärten wird so vermehrt, daß jedem Kind ein Platz im Kindergarten angeboten werden kann. Die Funktionsfähigkeit des Kindergartens wird durch Verkleinerung der Gruppen und bessere Ausstattung erhöht.

Die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für sozialpädagogische Fachkräfte sollen erweitert und verbessert werden.

Die Anstellung geeigneter Kräfte für die offene Arbeit mit Kindern, insbesondere auf Kinderspielplätzen, soll in Modellfällen gefördert werden.

- 2. Die Zahl der Einrichtungen der Mütter-, Eltern- und Familienbildung sowie der Familienberatung wird vermehrt. In jedem Kreis muß wenigstens eine Erziehungsberatungsstelle zur Verfügung stehen.
- 3. Der Bau und Ausbau von Einrichtungen der Familienerholung wird verstärkt gefördert.
- 4. Das Land soll sich und die Gemeinden durch Gesetz verpflichten, einen kostengerechten Anteil an den Bau-, Personal- und Sachkosten der Einrichtungen der Familienhilfe, vor allem der Kindergärten, zu tragen.
- 5. Die Zuweisungen für die Familienerholung und entsprechende mittelfristig zu planende Maßnahmen sollen in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes aufgegliedert ausgewiesen werden.
- 6. Einrichtung von Beratungs- und Informationsstellen für Eltern von körperlich und geistig behinderten Kindern und Bereitstellung von Bildungshilfen.

Jugend

- (105) Jugendpolitik ist für die CDU ein Angebot an die Jugend und zugleich eine Antwort auf die Fragen, Wünsche und Forderungen der jungen Generation.
- (106) Eine CDU-Landesregierung wird den Landesjugendplan auf wissenschaftlicher Grundlage weiterentwickeln und ihn modernen Erkenntnissen und künftigen Erfordernissen anpassen. Sie wird ihn mit den Möglichkeiten des Bundesjugendplanes abstimmen. Sie wird darauf hinwirken, daß der Landesjugendplan von kommunalen Jugendplänen ergänzt wird.
- (107) Eine CDU-Landesregierung wird sich im Rahmen des Landesjugendplans besonders folgenden Aufgaben zuwenden:

- 1. Jugendverbände und andere Träger der Jugendarbeit sollen mehr als bisher in den Stand gesetzt werden, Fachkräfte anzustellen und diese sowie neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter aus- und fortzubilden.
- 2. Die Jugendbildungsarbeit, besonders die politische Bildung, und die internationale Jugendbegegnung sollen verstärkt gefördert, die Berlin-Fahrten und die Jugenderholung sollen fortgeführt, die pädagogische Betreuung in Jugendwohnheimen soll gesichert werden.
- 3. Der Bau von Jugendbildungs- und Jugendfreizeitstätten soll fortgesetzt werden.
- 4. Die Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten ist zu verstärken.
- 5. Das Land soll sich und die Gemeinden durch Gesetz verpflichten, einen kostengerechten Anteil an den Bau-, Personal- und Sachkosten der Einrichtungen der Jugendarbeit zu tragen.
- 6. Die Gehaltsanteile für Fachkräfte sowie die Zuweisungen für Jugenderholung und entsprechende mittelfristig zu planende Maßnahmen sollen in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes aufgegliedert ausgewiesen werden.

Frau in Beruf und Familie

- (108) Gesellschaft und Wirtschaft sind auf die verantwortliche Mitarbeit der Frau angewiesen. Deshalb muß die Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung gewährleistet werden. In Anerkennung der Doppelaufgabe der Frau in Familie und Beruf müssen die sozialpolitischen Probleme unter Beachtung der besonderen Schutzbedürftigkeit der Frau gelöst werden. Daher fordert die CDU:

- 1. Aufstiegsmöglichkeiten der Frauen in der Arbeitswelt.
- 2. Bessere Beteiligung der Frau in der gesamten Ordnung der Arbeitswelt.
- 3. Abschaffung der Minderbewertung der sogenannten leichteren Arbeiten (Leichtlohngruppen).
- 4. Vermehrtes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen mit der Regelung sozialgerichtlicher Besonderheiten.
- 5. Erleichterung der Rückkehr der Frau in das Berufsleben.
- 6. Bessere soziale Sicherung der Hausfrau.

Solidarität der Generationen

(109) Die CDU-Landesregierung wird eine Gesamtplanung vorlegen, die sicherstellt, daß jeder Mitbürger in der seinem Alter und seinen Bedürfnissen angemessenen Umgebung finanziell unabhängig und ausreichend darauf vorbereitet den nachberuflichen Lebensabschnitt verbringen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, ist im Hinblick auf die Gruppe der älteren Mitbürger folgendes zu verwirklichen:

- 1. Zur Hinführung der Gesamtbevölkerung auf eine planvolle Vorbereitung des eigenen Alters und der verständnisvollen Begegnung mit den Belangen der jeweils älteren Generation hat eine verstärkte Information der Öffentlichkeit zu erfolgen. Solidarität der Generationen kann nur gefordert werden, wenn eine jede mit den alterstypischen Gegebenheiten der anderen vertraut gemacht worden ist.
- 2. Zur Erleichterung der Umstellung von der Phase der aktiven Berufstätigkeit zum Ruhestand ist ein gleitender Übergang vorzusehen.
- 3. Für den Teil der Bevölkerung, der endgültig aus dem Berufsleben ausgeschieden ist, sind folgende altersbegleitende Maßnahmen zu fordern:

Auf dem Gebiet der Gesundheitspflege kommen in Betracht generelle Vorsorgeuntersuchungen, Altenerholungen und Kuren und spezielle Dienstleistungen wie Mahlzeiten auf Rädern und dergleichen mehr. Außerdem sollten bei Erkrankungen, Haus- oder Heimpflege durch speziell geschultes Personal gewährleistet sein.

Auf dem Gebiet des Wohnungsbaues ist für angemessene Altenwohnungen, Altenheime mit Pflegestationen zu sorgen.

Auf dem Gebiet der Kontaktpflege sind Tagesstätten, Klubs und Beratungsstellen anzubieten und die Teilnahme an allgemeinen kulturellen Veranstaltungen zu ermöglichen.

Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft

(110) Die CDU tritt für die Fortentwicklung der Entschädigung und für abschließende Eingliederungsmaßnahmen zugunsten aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft ein. Sie sieht darin die Verwirklichung der Solidarität, die Grundlage der dynamischen Demokratie ist. Aus diesem Grunde fordert sie:

- 1. Die Kriegsofferfürsorge, insbesondere die gesundheitlichen und beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen sind in Nordrhein-Westfalen verstärkt fortzusetzen.
- 2. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eingliederungsmaßnahmen zugunsten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, für die Nordrhein-Westfalen unter der Führung der CDU Bahnbrechendes geleistet hat, sind insbesondere für die vertriebenen Bauern und die Spätaussiedler fortzusetzen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Flüchtlinge den Heimatvertriebenen in vollem Umfange gleichgestellt werden.

Gesundheitspolitik

(111) Die weitere Verbesserung des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen gehört zu den vordringlichsten Aufgaben der nächsten Jahre.

Die Bevölkerung muß gleichmäßig mit leistungsfähigen Krankenhäusern versorgt werden. Das Krankenhauswesen des Landes ist so zu ordnen, daß jeweils in einem bestimmten Einzugsbereich alle für die Krankenversorgung notwendigen Fachrichtungen erreichbar sind. Die wirtschaftliche Existenz der Krankenhäuser in freier, gemeinnütziger und öffentlicher Trägerschaft ist in Zusammenarbeit zwischen Bund und Land zu sichern.

(112) Die CDU setzt sich für eine optimale medizinische Behandlung und Betreuung aller Patienten in unseren Krankenhäusern ein. Sie hält es weiterhin für eine vordringliche Sorge, daß die ärztliche Versorgung der Bevölkerung in Stadt und Land auch in Zukunft gesichert bleibt und verbessert wird.

(113) Durch gezielte Vorsorgeuntersuchungen und durch die Einrichtung eines Diagnosezentrums in Nordrhein-Westfalen muß die Früherkennung von Krankheiten verbessert werden. Insbesondere sind Vorsorgeuntersuchungen bei Neugeborenen, Säuglingen und Kleinkindern in verstärktem Umfang zu ermöglichen. Als Fernziel strebt die CDU kostenlose Vorsorgeuntersuchungen für alle an.

(114) Die CDU wird zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der Bevölkerung mit finanzieller Hilfe des Landes die Heilbäder in Nordrhein-Westfalen modernisieren.

- (115) Die CDU wird sicherstellen, daß der technische Fortschritt auch dem Schutz der Umwelt in unserem Industrieland zugute kommt. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft soll dafür sorgen, daß die Ausweitung industrieller Produktion und Nutzung neuer Techniken mit der Vorsorge gegen Umweltschäden aller Art Hand in Hand gehen. Erforderlich sind verstärkte Anstrengungen zur Luftreinerhaltung, zur Lärmbekämpfung und zur Reinerhaltung des Wassers.

Freizeit

- (116) Immer mehr Menschen haben immer mehr Freizeit. Die CDU wird daher dafür eintreten, daß das Land Nordrhein-Westfalen Freizeit-Angebote in ausreichendem Maße für jedermann zur Verfügung stellt.

Sie fordert daher:

- 1. Die Einrichtung von Freizeitzentren,
- 2. Die Erhaltung von Naturparks und Schaffung von Naherholungszentren sowie die Ausgestaltung von landschaftlich schönen Gebieten Nordrhein-Westfalens zu Freizeitparks mit jeweils guter Verkehrsverbindung,
- 3. Die verkehrsmäßige Aufschließung und die Verbesserung der Infrastruktur dieser Gebiete, dazu Einrichtungen des Fremdenverkehrs, z. B. Schwimmbäder, Staubecken, Skilifte, Eisbahnen und andere Sportanlagen sowie preisgünstige Ferienplätze in reizvollen Gegenden des Landes,
- 4. Den Ausbau der Museen und Bibliotheken,
- 5. Förderung der kommunalen und privaten Bühnen durch erhöhte Zuschüsse.

Sport

- (117) Der Sport erfüllt eine gesellschaftspolitische Aufgabe von hohem Rang.

- (118) Die CDU wird deshalb

- 1. die staatlichen Zuständigkeiten in der Sportförderung neu ordnen,

- 2. die Position des Schulsports und der Sportwissenschaft verbessern,
- 3. die Sportstättenplanung und den Sportstättenbau koordinieren und erweitern,
- 4. den Vereinen und Verbänden nachhaltiger als bisher bei der Durchführung des Breiten- und Spitzensports Unterstützung gewähren.

- (119) Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine CDU-Regierung folgende Einzelmaßnahmen durchführen:

- 1. Die heute ungeordneten und zersplitterten ministeriellen Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Sportförderung werden in einer staatlichen Behörde zusammengefaßt. Dabei ist eine Beteiligung an allen gesellschaftspolitischen Planungen sicherzustellen.
- 2. In allen Schulformen – vor allem auch im berufsbildenden Schulwesen – werden die Voraussetzungen dafür verbessert, daß alle Kinder und Jugendlichen einen intensiven und genügend umfangreichen Sportunterricht erhalten, die Sportwissenschaft in alle Universitäten und Hochschulen voll integriert wird und die sportwissenschaftliche Forschung verstärkte Förderung erhält.
- 3. Nach einer Strukturuntersuchung insbesondere im Hinblick auf kommunale Neugliederungen werden neue Landesrichtlinien für die Bedarfs- und Größenbestimmung von Sport- und Freizeittätten und deren Bezuschussung erlassen. Eine frühzeitige Information über Neuentwicklungen im Sportstättenbau, Beratung und Begutachtung werden sichergestellt.
- 4. Den Vereinen als den Trägern des freien Sports wird verstärkte finanzielle Hilfe zur Durchführung ihrer Arbeitsprogramme geleistet, so insbesondere für Lehr- und Jugendarbeit sowie die Verwaltung und die Unterhaltung bestehender vereins-eigener Anlagen.

Es werden Ausbildungslehrgänge für eine moderne Organisationsleitung in den Vereinen und der Sportverwaltung angeboten werden. Der Spitzensport soll durch den Bau von regionalen Leistungszentren für die verschiedenen Verbände, die Honorierung von Trainern und weitgehende Unterstützung der Spitzensportler selbst stärker als bisher gefördert werden.

Öffentliche Sicherheit

- (120) Der öffentlichen Sicherheit wird eine CDU-Landesregierung ihre besondere Sorge widmen. Die CDU erwartet von der Polizei wirksamen Schutz vor Verbrechen und Hilfe bei der Ordnung des Verkehrs auf den Straßen unseres Landes. Bei der Verbrechensbekämpfung ist die Zusammenarbeit der Polizei über die Ländergrenzen hinweg zu verbessern, die Kooperation zwischen Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern muß enger werden.

Besondere Bedeutung ist der vorbeugenden Verbrechens- und Unfallbekämpfung beizumessen. Die Bevölkerung muß über die Methoden der Rechtsbrecher und über die Möglichkeiten des eigenen Schutzes besser aufgeklärt werden.

Die Polizei kann mit Erfolg ihre umfangreichen Aufgaben nur bewältigen, wenn sie

- personell ausreichend ausgestattet,
- sinnvoll gegliedert,
- nach modernen Erkenntnissen geführt,
- hervorragend ausgebildet,
- ständig weitergebildet,
- technisch optimal gerüstet und
- gut besoldet ist.

Das Berufsbild der Polizei muß so gestaltet werden, daß es für junge Bürger mit qualifizierter Vorbildung anziehend wird. Die Polizei hat nicht die Aufgabe politische Meinungen durchzusetzen oder zu unterdrücken. Auch bei politischen Auseinandersetzungen hat sie nur für die Wahrung von Gesetz und Recht einzutreten.

Die Erstattung von Schäden, die als Folge von politischen Auseinandersetzungen entstanden sind, ist gesetzlich zu regeln. Die CDU fordert die Verabschiedung des von ihr im Landtag eingebrachten Tumultschädengesetzes.

Öffentlicher Dienst

- (121) Die Aufgabe des Staates, Leistungen in allen wichtigen Lebensbereichen zu erbringen, erfordert eine hochentwickelte, durch-rationalisierte öffentliche Verwaltung, die auch unter wirtschaftlichen

Gesichtspunkten geführt werden muß. Ein durch Sachwissen, fachliche Leistung und Pflichterfüllung sich auszeichnender öffentlicher Dienst sichert am besten die sachgerechte Erfüllung der Verwaltungsaufgaben.

- (122) Die CDU setzt sich für die Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechtes ein.
- (123) Die Beteiligungsrechte der Personalvertretungen sind zu erweitern, der Minderheitenschutz ist zu verstärken.
- (124) Der Leistungsgrundsatz muß das beherrschende Prinzip im öffentlichen Dienst sein. Die Besoldung muß leistungsbezogen gestaltet werden. Der Übergang von der Wirtschaft zur Verwaltung und umgekehrt ist zu erleichtern. Der Aufstieg befähigter Kräfte darf nicht durch starre Laufbahnbestimmungen erschwert werden.
- (125) Der Gewinnung leistungsfähigen Nachwuchses sowie der umfassenden Aus- und Fortbildung sind besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Hierzu gehört, den öffentlichen Dienst mehr als bisher mit den Grundsätzen der elektronischen Datenverarbeitung vertraut zu machen.
- (126) Die Versorgungsempfänger sind an den Verbesserungen der Besoldung zu beteiligen.
- (127) Die Einführung der gleitenden Arbeitszeit im öffentlichen Dienst wird angestrebt.

Grundsätze zur Finanzpolitik

- (128) Das finanz- und steuerpolitische Instrumentarium muß ökonomisch zweckmäßig und sozial gerecht eingesetzt werden und bedarf deshalb ständiger Überprüfung. Das Steuersystem muß durchsichtiger werden. Bagatellsteuern sind abzuschaffen.

Die CDU wird bei der Fortführung der Finanzreform darauf achten, das Prinzip des kooperativen Föderalismus zu verwirklichen.

Eine endgültige Finanzreform muß Bund, Länder und Gemeinden in die Lage versetzen, die ihnen zugewiesenen Aufgaben im Bundesstaat finanzieren zu können. Die durch die Finanzreform eingeführten „Gemeinschaftsaufgaben“ müssen auf ihre Wirksamkeit im föderalistischen System überprüft und je nach Ergebnis dieser Überprüfung ausgeweitet oder verändert werden.

- (129) Eine CDU-Landesregierung wird bei der Aufstellung ihres ersten Haushalts die Schwerpunkte ihrer Haushalts- und Finanzpolitik für die nächste Legislaturperiode des Landtags (1970–1975) festlegen. Diese Festlegung wird in der aufzustellenden mittelfristigen Finanzplanung ihren Niederschlag finden. Die laufenden Veränderungen der Sozial- und Wirtschaftsstruktur sind durch jährliche Anpassung und Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.

Dieses Aktionsprogramm wurde nach eingehender Beratung in den Kreisverbänden und Vereinigungen am 18. April 1970 in Leverkusen vom ersten gemeinsamen Parteitag der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe einstimmig beschlossen.